

SOFTWARE

Die produktive Anarchie

Die Bundesregierung macht gegen den Monopolisten Microsoft mobil. Das freie Betriebssystem Linux soll die Computer in Behörden sicherer machen und dabei noch Millionen an Steuergeldern sparen.



nanzen nahm den ersten Computer mit freier Software bereits vor drei Jahren in Betrieb. „Der ist bisher keine Sekunde ausgefallen“, sagt Wolfgang Müller, bei der Behörde für die Rechner zuständig.

Da Linux an die Besonderheiten jedes Computers angepasst werden kann, sind die gleichen Rechner unter dem freien Betriebssystem leistungsfähiger. Die Verwaltung einer nordrhein-westfälischen Großstadt machte sich dies auf besonders clevere Weise zu Nutze: Bei einer Sonderverkaufsaktion der Supermarktkette Aldi konnten städtische Mitarbeiter mehrere Billigcomputer ergattern. Ihre alten Geräte verschenkten sie an andere Abteilungen. Mit Linux betrieben, reichten die Aldi-Rechner völlig aus.

Viele Behörden sind mit dem Wechsel zu Linux noch zurückhaltend. Oft wurde etwa in den Ministerien erst zum Umzug nach Berlin teure Software angeschafft – eine Ausgabe, die sich erst einmal rentieren soll. Zu „wahren Untergrundtätigkeiten“ sei

Behördencomputer (im Auswärtigen Amt): „Bisher keine Sekunde ausgefallen“

Alle Tagespunkte waren abgearbeitet, die Sitzung des Deutschen Städtetages ging dem Ende zu. Eine Frage habe er noch, meldete sich einer der Teilnehmer zu Wort, eine, die ihn persönlich interessierte: Welcher der Kollegen setze in seiner Behörde schon das freie Betriebssystem Linux ein?

Das Ergebnis der inoffiziellen Umfrage dürfte selbst die größten Fürsprecher der freien Software überrascht haben: Zwei Drittel der Anwesenden hoben den Arm.

Die Zeiten sind vorbei, in denen sich das Microsoft-Monopol trotz teurer und fehlerhafter Produkte auch auf deutsche Behördencomputer erstreckte. Nachdem das Ansehen des weltumspannenden US-Konzerns zuletzt stark unter den Angriffen von Computerviren und Kartellämtern gelitten hatte, wird jetzt auch die Bundesregierung auf dessen smarte Konkurrenz aus dem Internet aufmerksam.

Innenminister Otto Schily und sein Kollege Werner Müller aus dem Wirtschaftsministerium sprachen sich offen für die Verwendung von Linux aus. Staatssekretärin Brigitte Zypries aus dem Innenministerium sagt: „Bei jeder Anschaffung wird freie Software in die Auswahl mit einbezogen.“

Das von unabhängigen Programmierern aus aller Welt im Internet entwickelte Be-

triebssystem Linux liegt als Alternative zu kommerzieller Software wie Windows kostenlos im weltweiten Datennetz aus. Es erlaubt jedem Anwender, die Strukturen der Programme, den so genannten Quellcode, einzusehen und zu verändern. „Ein Sicherheitsplus“, urteilt die von Minister Müller geleitete Gesprächsgruppe „Sichere Internet-Wirtschaft“.

Bei herkömmlicher Software ist der Quellcode Betriebsgeheimnis. Was genau die Programme mit den Daten der Benutzer anstellen, ist für diese nicht nachvollziehbar. Zuletzt war Microsoft in die Kritik geraten, weil die von dem Scientologen Craig Jensen geleitete Firma Executive Software einen Teil des aktuellen Windows-Pakets geschrieben hatte.

Von diesen Nachrichten aufgeschreckt, sandte das Innenministerium Techniker in die Microsoft-Firmenzentrale, um die Quellcodes des Programms überprüfen zu lassen, ein bisher einzigartiger Vorgang. „Da sind unsichere Produkte zum Standard geworden“, beschwert sich Jörg Taus, Computerexperte der SPD im Bundestag.

Im Wirtschaftsministerium wurden gerade die ersten Linux-Rechner aufgestellt. Beim Bundeskriminalamt und beim Presseamt der Bundesregierung ist Linux schon länger im Einsatz. Das Bundesamt für Fi-



Microsoft-Chef Gates
Smarte Konkurrenz

man gezwungen, um dennoch das technisch überlegene Linux einsetzen zu können, klagt ein Beamter.

Zudem gibt es grundsätzliche Vorbehalte gegen Linux und dessen Herkunft aus der „Hackerszene“. Hubertus Soquat, Informationstechnologie-Referent im Wirtschaftsministerium, hat dafür sogar Verständnis: „Für manchen, der sein Leben lang nur mit Windows gearbeitet hat, ist Linux wie Anarchie.“

Doch von dem Erfolg der freien Software ist Soquat überzeugt: „Durch die offenen Quellcodes können Millionen Programmierer überall auf der Welt gleichzeitig an der Verbesserung der Software arbeiten. Solche Energie kann eine einzelne Firma gar nicht aufbringen.“

Seit vorigem Jahr fördert Müllers Wirtschaftsministerium Projekte der freien Software-Gemeinschaft. Mit gut 300 000 Mark wird eine Gruppe um Linux-Programmierer Werner Koch von der Düsseldorfer Firma OpenIT bei der Entwicklung eines Verschlüsselungsprogramms unterstützt.

Um Vorurteile der Wirtschaftsunternehmen gegen die freie Software abzubauen, hat das Ministerium nun bei den Linux-Experten der Firma innominate eine Informationsbroschüre in Auftrag gegeben. Zwar setzen viele Firmen Linux bereits ein, doch nur wenige von ihnen wie etwa die Lufthansa, der Autovermieter Sixt oder die „Tageszeitung“ geben das auch öffentlich zu. Michael Croon, Mitorganisator der



Freie Software

Vorteile des Linux-Systems

Stabilität

Statt einiger Firmenentwickler haben bei Linux Tausende von Programmierern in die Programmstruktur geschaut und deren Fehler behoben. Weisheit aus der freien Software-Szene: „Man braucht nur genügend viele Augen, um alle Fehler zu finden.“

Ressourcennutzung

Durch die Möglichkeit, die Software gezielt an die Bedürfnisse des Nutzers anzupassen, lassen sich die Ressourcen des Computers optimal nutzen.

DER SPIEGEL

Unabhängigkeit

Niemand besitzt das exklusive Recht an der Software und damit die Macht, Einzelnen oder allen das Nutzungsrecht abzusprechen.

Transparenz

Der Nutzer kann nachvollziehen, was die Software auf seinem Computer wirklich anstellt.

Preis

Linux ist bei der Anschaffung deutlich günstiger als die kommerzielle Konkurrenz.



SIMBA / ACTION PRESS

Linux-Gründer Torvalds: Ein Lob von Linus

Software-Messe „Linux-Tag“: „Da gibt es noch viele Hemmungen, den eigenen Firmennamen mit Linux in Verbindung zu bringen.“

Die „Tageszeitung“ hat damit keine Probleme. Seit gut einem Jahr werden die über 100 Redaktionscomputer mit Linux betrieben. Das als virtueller Liebesbrief getarnte Virus von den Philippinen, das unlängst zahllose Redaktionen mit Microsoft-Systemen lahm legte, blieb bei den Linux-Rechnern ohne einschlagende Wirkung. Der „I love you“-Brief präsentierte sich auf den Bildschirmen des Berliner Alternativ-Blattes als harmloser Buchstabensalat. „Dim f, fl, fc, ext“ sei zwar unromantisch, spottete die Zeitung, aber: „Davon bekommt niemand weiche Knie.“

Neben der hohen Stabilität und der Wirtschaftlichkeit sei auch „spielerischer Ehrgeiz“ ein Grund für den Einsatz von Linux gewesen, erklärt Roman Czyborra aus der EDV-Abteilung der „Tageszeitung“: „Statt wie bei herkömmlichen Systemen den Vorgaben der Hersteller folgen zu müssen, kann man bei Linux die Software nach seinen Vorstellungen gestalten.“

Die Linux-Strategie gilt als beispielhaft. Gründerväter wie der Finne Linus Torvalds, der dem Projekt neben den entscheidenden Programmteilen auch den Namen gab, entscheiden, welche der Veränderungen in die offizielle Version aufgenommen werden. Allein ihre Autorität sorgt dafür, dass solche Entscheidungen von allen akzeptiert werden.

Ein Lob von Linus Torvalds zu erhalten oder gar seinen eigenen Beitrag in die offizielle Version übernommen zu sehen, gilt in der Szene als hohe Weihe. Über Internet-Kommunikationsmittel wie Mailing-Listen und Newsgroups stehen die Entwickler ständig miteinander in Kontakt. Fehler in der Software werden so in wenigen Stunden bekannt und behoben.

Von solchen Zuständen kann man bei den großen Software-Häusern nur träumen. Regierungsbeamte witzeln denn auch: „Beim Beheben von Fehlern ist Microsoft langsam wie eine Behörde.“

Um den verbreiteten Vorurteilen gegen die Gratis-Software entgegenzuwirken, veröffentlichte die Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik Ende Februar eine Studie zu Linux. „Sicher, stabil und preiswert“ sei die Software, für die Anwendung in Behörden „eine äußerst zuverlässige Lösung“.

Wenige Tage später verschwand das Schreiben jedoch von der Website des Innenministeriums. „Solche klaren Aussagen haben der Computerindustrie wohl nicht gefallen“, sagt Linux-Experte Croon.

Innerhalb weniger Tage sammelten Croon und seine Mitstreiter fast 4000 Protestunterschriften. Die Studie wurde wieder an ihren Platz gestellt. Man habe die unerlaubterweise veröffentlichten Rabattpreise von Microsoft aus der Studie entfernen müssen, so die Erklärung aus dem Ministerium.

Über 3000 Mark, so war zu lesen, kostet die Microsoft-Lizenz für jeden Server-Computer. Jeder Schreibtischcomputer schlägt noch einmal mit mehr als 800 Mark zu Buche. „Da werden Bill Gates Millionen an Steuergeldern hinterhergeworfen“, ärgert sich der Bundestagsabgeordnete Tauss.

Wer sich hingegen die kostenlosen Linux-Bausteine nicht im Internet zusammensammeln möchte, der bezahlt für eine CD-Rom mit Handbuch gerade einmal 100 Mark. Informationstechnologie-Referent Soquat: „Da man bei freier Software nicht Lizenzen für einzelne Computer kauft, können wir mit einer CD ein ganzes Ministerium ausrüsten.“

Wie viel Geld allein der Bund an Lizenzgebühren zahlt, wissen allerdings weder das Innenministerium noch der Rechnungshof zu sagen. Die Flexibilisierung der Haushalte ermöglicht es jeder Dienststelle, über die Ausstattung ihrer Computer selbst zu entscheiden. Das macht einen Überblick über die Ausgaben für Computerlizenzen so gut wie unmöglich.

In Frankreich ist man in dem Bemühen, die Microsoft-Programme von den Festplatten der Behördencomputer zu verbannen, schon einen Schritt weiter: Drei Senatoren brachten einen Gesetzesvorschlag ein, der der Verwaltung den Einsatz von freier Software empfiehlt.

Für Hubertus Soquat vom Wirtschaftsministerium ist die Entscheidung für Linux auch eine strategische Frage: „Informationstechnologie ist der Markt der Zukunft. Diese Entwicklung dürfen wir nicht verpassen und alles den Amerikanern überlassen. Da ist freie Software unsere Möglichkeit, vorne mitzuschwimmen.“

SEBASTIAN RAEDLER